

«Obamas Kehrtwende hat mich sehr überrascht»

Interview Nato-Experte Victor Mauer von der ETH Zürich über die tiefen Gräben innerhalb der transatlantischen Allianz

VON CHRISTIAN NÜNLIST, DAGMAR HEUBERGER

Herr Mauer, der Luftkrieg des Westens gegen Gaddafi hat gerade erst begonnen – und schon scheint die Nato heftig zerstritten.

Victor Mauer: Es ist wirklich erstaunlich, wie tief der Graben in der Allianz ist. Die Nato diskutiert zwar seit Wochen Eventualplanungen für Libyen. Die Franzosen machten aber von Anfang an klar, dass die Nato ein schlechtes Image in der Region habe. Als wichtige Macht an der Peripherie wehrte sich die Türkei ebenfalls gegen eine aktive Rolle des Bündnisses. Und Deutschland torpediert zwar nicht das Überwachen der Flugverbotszone, hat aber vor Militärschlägen gewarnt, die zur Etablierung einer Flugverbotszone unerlässlich sind. Es sieht also nicht danach aus, dass die Nato wie von den USA erwartet die Führungsrolle übernehmen könnte.

Was bedeutet das für die Zukunft der Nato, wenn sie in einem UNO-Krieg am Südrand nicht die Hauptrolle spielt? Hat sie dann überhaupt noch eine Raison d'être?

Die Nato ist unverändert in Afghanistan verstrickt. Deshalb gibt es viele Mitgliedstaaten, welche die Allianz nicht auch noch in Libyen involvieren wollen, vor allem weil der Ausgang der jetzt gestarteten Militäraktion völlig offen ist.

Aber ist der Mittelmeerraum nicht näher am Nato-Gebiet als der Hindukusch – und damit wichtiger für die Allianz?

Nicht wenige stellen die Frage, ob die Sicherheit in Europa durch die Kämpfe in Libyen wirklich gefährdet sei. Deshalb gibt es berechtigte Zweifel in ge-



Ein französischer Militärpilot macht sich im Rafale-Kampffjet bereit für seinen Libyen-Einsatz.

AFF

rückziehen müsse. Und sie hat früh Sanktionen verhängt. Überraschenderweise hat es aber kaum deutsch-französische Konsultationen gegeben. Die EU kann aber nicht funktionieren, wenn Deutschland und Frankreich nicht am selben Strick ziehen.

Die USA haben lange geäußert, sich dann aber Frankreich und Britannien angeschlossen.

Die komplette Kehrtwende der Regierung Obama hat mich sehr überrascht. Sein Verteidigungsminister Robert Gates und der Vorsitzende der Streitkräfte Mike Mullen haben lange Zeit vor einer Militäroperation gewarnt. Das waren gewichtige Stimmen – Realisten, die vor einer Überstrapazierung des US-Militärs warnten und die Frage nach dem genuinen US-Interesse stellten.

Weshalb hat sich Obama dann doch anders entschieden?

Letztlich haben ihn die Befürworter eines militärischen Vorgehens mit dem Hinweis auf die Genozide in Bosnien und Ruanda umgestimmt, vor allem die UNO-Botschafterin Susan Rice, die einst Bill Clintons Afrikanerministerin war, und auch die präsidentiale Beraterin Samantha Power. Sie machten Obama klar, dass die USA aus humanitären Gründen intervenieren müssten. Auch Hillary Clinton war beeindruckt, als sie in Paris den ausserpolitischen Beauftragten des libyschen Nationalrates traf. Und schliesslich mag das Kalkül, welchen Schaden die amerikanische Glaubwürdigkeit unter den Anführern der arabischen Revolten nehmen könne, auch eine Rolle gespielt haben.

Der Luftkrieg wird nun praktisch von den USA geführt, auch wenn der Eindruck entstehen soll, die Franzosen hätten den Lead.

Steuerung und Leitung liegen bei den USA, das Hauptquartier ist in Stuttgart beim US-Afrika-Kommando. Es gibt eine enge Abstimmung mit den Briten und Franzosen. Die USA möchten aber die Führung möglichst bald an die Nato oder die Europäer abgeben.

Dass am Samstag die Franzosen als Erste geschossen haben, war vor allem ein politisches Zeichen.

Ja, die USA wollten nicht die sichtbare Speerspitze der Militäraktion sein.

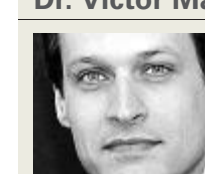
Wann ist die Militärintervention erfolgreich? Bereits mit der Umsetzung der Flugverbotszone? Oder erst mit dem Sturz Gaddafis?

Die UNO hat keinen Regimewandel autorisiert, sondern einen sofortigen Waffenstillstand gefordert. Es geht um das Verhindern von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Schutz von Zivilisten. Der Einsatz von Bodentruppen ist tabu. Dem Waffenstillstand soll der Dialog zwischen den Konfliktparteien folgen.

Könnte Gaddafi gar an der Macht bleiben? Droht eine Wiederholung von 1991, als Saddam militärisch besiegt wurde, aber im Amt blieb?

Niemand möchte, dass Gaddafi nach der Militäraktion noch lange an der Macht ist. Doch weder in Washington noch in Paris oder London gibt es eine klare Vorstellung, wer nach Gaddafi kommen könnte. Zu heterogen sind die Interessen der unterschiedlichen Gruppen.

Dr. Victor Mauer



Der Politologe ist Vizeleiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich. Er ist u. a. Herausgeber des Buchs «European-American Relations and the Middle East» (London, 2010).

«Die Erfahrungen von Irak und Afghanistan stecken vielen Militärplanern in den Knochen.»

wissen Nato-Staaten am Sinn der Militäraktion. Zwar sind alle Nato-Staaten sich darüber einig, dass Gaddafi entmachtet werden muss. Aber es gibt fundamentale Meinungsunterschiede, ob man ihn mit militärischen Mitteln stürzen soll.

Dass Deutschland grundsätzlich nicht militärisch gegen Gaddafi vorgehen will, schwächt die Position der Nato entscheidend.

Das ist richtig. Berlin ist zwar nicht grundsätzlich gegen die UNO-Resolution, einen militärischen Beitrag zu ihrer Umsetzung will es aber nicht leisten. Deutschland ist jedoch innerhalb der Nato weitgehend isoliert.

Einmal mehr wird das Klischee bedient, dass Deutschland zwar die Führungsrolle in wirtschaftlichen Fragen spielt, etwa in der Euro-Krise, aber dass Britannien und Frankreich in ausser- und militärpolitischen Fragen führend sind.

Das Frankreich und Grossbritannien vor ihrem historischen Hintergrund den Lead haben, das war schon immer so und ist nicht überraschend. Aber seit den jugoslawischen Zerfallskriegen und mit Ausnahme des Irak-Krieges ist Deutschland bei militärischen Fragen Paris, das sich in der Irak-Frage ebenfalls gegen die Angelsachsen stellte, und London meist gefolgt. Das neue am Libyen-Krieg ist nun, dass Deutschland nicht mitspielt.

Auch schon beim Irak-Krieg 2003 waren sich Paris, Berlin und London nicht einig ...

Das ist aber eine relativ neue Entwicklung. Im zweiten Golfkrieg 1991 und bei den Balkan-Kriegen waren sich die drei EU-Grossmächte immer einig, auch wenn Deutschland sich 1991 aus-



innenpolitischen Gründen nicht militärisch beteiligen konnte und wollte. Bis Kosovo 1999 gab es keine Meinungsunterschiede zwischen den dreien. Die erste grosse transatlantische Krise war 2002/03, weil die Deutschen und Frankreich sich mit Russland gegen den Irak-Feldzug von George W. Bush und Tony Blair wehrten.

Heute bedauert man, dass die Deutschen militärisch nicht mittun – noch im Kosovo warnte man, die deutsche Militärrolle dürfe nicht zu gross sein. Ist das nicht absurd?

Das ist wirklich doppelzünftig. Bei der UNO-Resolution gegen Saddam Hussein 1990 verlangten die Amerikaner, dass die Deutschen Truppen zur Verfügung stellen würden. Als Deutschland dann Schritt um Schritt bemüht war, seiner neuen Rolle als Zentralmacht Europas auch militärisch Rechnung zu

tragen, warnten Stimmen, gerade in Frankreich und Britannien, mit historischem Rückgriff auf den Zweiten Weltkrieg: Aber so haben wir uns das auch nicht vorgestellt.

Deutschland wird nun wegen seines Abseitsstehens gescholten. Es gibt aber durchaus auch gute Gründe für die skeptische Haltung der Merkel-Regierung, oder?

Auch die Amerikaner waren lange skeptisch. Sie wollten keinen dritten Krieg gegen ein vorwiegend muslimisches Land führen. Ich teile diese Skepsis. Militäroperationen müssen vom Ende her gedacht werden. Sie dauern meist länger als ursprünglich gedacht. Es besteht die Gefahr, über Jahre gebunden zu sein – und das bei völlig ungewissem Ausgang. Ich danke, die Erfahrungen von Irak und Afghanistan stecken vielen Militärplanern in den

USA und in der Nato in den Knochen. Sie möchten keine Mission, welche das Bündnis langfristig belasten würde. Der Vergleich mit Kosovo 1999 ist in dieser Hinsicht äusserst interessant.

Inwiefern?

Nun, der Luftkrieg dauerte 1999 nicht – wie angekündigt – ein paar Tage, sondern 78 Tage. Die Stabilisierungstruppen sind zudem heute noch, 12 Jahre später, vor Ort. Eine Bodenpräsenz möchte man in Libyen um jeden Preis vermeiden.

Wie beurteilen Sie die Rolle der EU als Institution? Die entscheidenden Krisensitzungen fanden ja in Paris statt, nicht in Brüssel ...

Die EU ist in der Libyen-Krise als sicherheitspolitischer Akteur kaum in Erscheinung getreten. Sie hat sehr früh gefordert, dass Gaddafi sich zu-